

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 324.

Sonnabend 28. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Politische Tageschau.

Leipzig, 28. Juni.

Im Reichstagswahlkreis Bayreuth wird am nächsten Donnerstag die Wahl zu Ende sein. — wenigstens für diejenigen, die nicht in die Stichwahl kommen. Das ist auf alle Fälle der Herr Günther aus Weiden, der in letzter Stunde berufen wurde, um die Fahne der freisinnigen Volkspartei hochzuheben. Der Herr ist nicht unbesiegt in solchen Dingen. Wir glauben, schon vor zehn Jahren seinen Namen gelesen zu haben, als im sächsischen Wahlkreise Reichstagswahlen stattfanden. Hat er sich damals in seiner engeren Heimat das seltsame Verdienst erworben, den vereinigten Nationalisten durch einen Überzug die Möglichkeit des Sieges über die Sozialdemokratie zu vereiteln, so ist seine Tätigkeit in Bayreuth jetzt nicht viel anders zu bemerken. Man darf annehmen, daß die Bauerabwärtler das Köcherlein aufbieten, um die ländliche Bevölkerung an die Urne zu bringen, und man behauptet, daß in den kleineren Städten des weit ausgedehnten Wahlkreises der Kampf über die ganze Vorgänge der Kandidatenaufstellung eine gewisse Wahlfreiheit erzeugt habe, in Folge dessen die Verbrüderung am Wahltag verhältnismäßig schwach ausfallen könne. Darin liegt in der That eine gewisse Gefahr, daß der Bauerabwärtler den Nationalisten überholt und mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt. Wir glauben zwar, daß die Nationalisten hierbei unterliegen, welchen Wahlfall sie jetzt erst recht in gewissen ländlichen Bezirken haben. Aber wie immer dies sein mag, es liegt die Gefahr nahe, daß die Wahl der ersten Wahl verhängnisvoll ausfallen wird, und namentlich dürfte diese Gefahr bei den Nationalisten walten. Eine Abschwächung von Stimmen am linken Flügel der Nationalisten, wie sie durch die Kandidatur Günther betriebe wird, ist selbstverständlich nicht weiter als die qualifizierte Förderung der Interessen des Bauerabwärtlers. Wenn ein Conflict zwischen Princip und Gebot der praktischen Politik vorliegt, siehe sich wenigstens noch eine Erklärung dafür finden. Aber auf der bayerischen Seite hat ja der Kandidat des Freisinnigen ein Strafmaß bereits festgesetzt. Also es ist entweder ein Strafmaß, der durch die Berliner Centralleitung nach Bayreuth geschickt worden ist, um die Freisinnigen selbst dafür mit Scorpionen zu züchtigen, daß sie im Kampfe gegen den „Drohbringer“ scheitern könnten, oder es handelt sich um einen interessanten Wahlfall, wie wir sie schon wiederholt beobachtet haben: in einem Kreise spannt sich der Freisinn mittels einer Sonderkandidatur vor den Wagen des anderen Extrem, damit nur ja die gewählte Politik nicht durch Stichwahl zum Siege kommt; in einem anderen Kreise werden ihm dafür Gegenstände geleistet. Die Fälle sind daher schon zahlreich genug gewesen, daß unter antisemitischer oder sonst extremer Flagge die Geschäfte des Freisinnigen bejagt wurden, damit er und nicht die Mittelpartei in die Stichwahl kam. Ein Ende kann derartiger Geschäftepolitik, die es natürlich ganz gut versteht, daß man sich gegenseitig in den Händen nicht grüßt und in der Pöbel so gar die größten Erbitterungen, nur durch die Wähler selbst gemacht werden, und die Wähler im Kreis Bayreuth lassen sich das vielleicht doch noch gesagt sein.

Die Mittel, mit denen die großrussischen Agitatoren gegen das deutsche Reich und gegen das Deutschthum hegen, sind so bezeichnend, daß ab und zu die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden muß. Eine charakteristische Probe dieser Art großrussischer Propaganda ist vor Kurzem in dem deutsch geschriebenen „Agrarier Tageblatt“ enthalten gewesen. Das genannte großrussische Blatt sprach seine Verachtung darüber aus, daß die alldeutsche Bewegung in Ungarn immer größere Beachtung finde und daß man dort in immer weiteren Kreisen die Gefahr erkenne, welche der „germanische Drang nach dem Osten“ für das Magyarenthum mit sich bringe. Als Beweis hierfür berief sich das großrussische Organ auf einen Artikel des ungarischen Publicisten Örczy im „Budapester Orias“. Nur Örczy hat das „Agrarier Tageblatt“ an den Darlegungen Örczy's vermehrt: die Angabe der Wege, die zur Abwehr der germanischen Gefahr von Ungarn eingeschlagen werden müssen. Tiefen Mangel läßt das „Agrarier Tageblatt“ fernerhin auf das Grundliche ab. Es rühmt dem Magyarenthum, seine Kräfte auf den gefährlichen Gegner, d. i. selbstverständlich der Deutsche, zu concentriren.

„Speziell den Slawen gegenüber“, so begründet das „Agrarier Tageblatt“ seinen Feindschaft, „hat ja das Magyarenthum nur zu verteidigen, was über besten berechtigten Ansprüche und politische Verdammsfähigkeit hinausgeht. Der Deutsche aber bedroht sie und gleichmäßig in unserem nationalen Hause und in unserer nationalen Entwicklung. Von der slavischen Vormacht hat noch Niemand gehört, daß sie ihre Hand auf Ungarn zu legen strebe, welche Absicht aber die deutsche Vormacht hinsichtlich Ungarns hat, das ist wohl schon offenkundig genug.“

Hier wird also mit dünnen Worten gesagt, daß das deutsche Reich den Slawen bege, seine Hand auf Ungarn zu

legen. Es gibt wohl keinen einzigen Deutschen, der angeht dieser großrussischen Tendenzlage nicht in helles Gelächter ausbräche. Freilich müßte und würde auf das Bahren der Ausdruck gerechtester Entrüstung über die Unverfrorenheit folgen, mit der das großrussische Blatt offenkundige Märchen in der Absicht erfindet, die Magyaren gegen den „gefährlichen“ Gegner, den Deutschen, zu sammeln. In Verbindung mit den sonstigen Ausführungen des „Agrarier Tageblatt“ kann aber die fragliche Tendenzlage in Ungarn noch weniger verstanden, als es sonst der Fall wäre. Davon sind die Ungarn durch einige geschichtliche Erinnerungen lebendiger Natur recht gut geschüttelt. Was zunächst den Hinweis auf die slavische Vormacht anbelangt, so hat Ungarn deren „Hand“ vor einem halben Jahrhundert befanntlich auf das Schwert zu führen gehabt. Es sei nur des Telegrammes gedacht, das der russische General Paslewitsch im Herbst 1849 an den Kaiser von Rußland richtete: „Ungarn liegt bestetzt an den Füßen des Kaiserthums.“ — Daß der Panfalschismus in Rußland auch heutzutage in dem Inlande, den das wackelnde Telegramm widersteht, nicht das Gegenstück seiner Ideale erblickt, ist unbestreitbar. Wenn ferner das großrussische Organ behauptet, das Magyarenthum habe den Slawen gegenüber nur zu verteidigen, was aber dessen berechtigten Ansprüche und politische Verdammsfähigkeit hinansieht, so lassen die Erfahrungen der Geschichte Ungarn die Einseitigkeit dieser Behauptung ebenfalls auf das Klarste erkennen. Es bleibe dabei die slavische Vormacht selbst außer Betracht. Aber was die Magyaren von den Serben, Bulgaren, Griechen, Polen u. s. w. in kritischen Augenblicken zu verteidigen haben, dafür enthalten jene unglücklichen Grenzvertheiler, die am Donnerstag 1848 zu Kikinda ihren Anfang nahmen und in Reuß, Karlowitz, Weiskirchen, Pancsova u. s. w. fortliefen, einen recht deutlichen Hinweis. Nicht lange danach haben auch die Kroaten und die Slavonier gegen die „slawische Horde“ (damit waren die Magyaren gemeint) sich erhoben und unter dem Banner „Sclava“ den wilden Krieg nach Ungarn getragen. Die Slawenbürger haben damals gegen sich in jenen Tagen lebhaft gegen ihren unglücklichen Anführer gewehrt und schon damals eine Haltung gegenüber den Ungarn eingenommen, die im Allgemeinen für das Verhältnis zwischen den ungarländischen Deutschen und den Magyaren typisch ist, nämlich eine Haltung, die lebhaft die Abwehr nationaler Verbrüderung bedeutet. Den ungarländischen Deutschen die Tendenz zum Angriff gegen das Magyarenthum unterzusehen und zum deutschen Heide gar zu sagen, daß es seine Hand auf Ungarn legen wolle, ist nicht weiter, als Deutschenhege auf Grund handgreiflicher Entstellungen.

Die Rede des neuen französischen Finanzministers Rouvier, welche dieser am 24. in der Kammer hielt, wird als ein Stück der gemäßigten Politik im Cabinet angesehen. Der Finanzminister sagte: „Ich werde mich an die äußerste Anke, an die zugleich verwegene und großmüthigste Welter. Wenn sie großmüthige Gesellschaften machen wollen, so muß zuerst die Unabhängigkeit des Landes nach außen gesichert sein, und dazu gehört ein mächtiges, zahlreiches, wohlgeordnetes Heer. Ohne recht: ohne Disziplin, ohne die Ansehnlichkeit Rouvier fortsetzend: Damit unsere Gesellschaften nicht gefährdet werden, müssen wir zehntausend Mann und den Credit. (Beifall) Rouvier: Ich habe diesen Beifall nicht. Wir haben ungeheuer viel zu thun und können nicht Alles auf einmal; so sehr unsere Hilfsmittel auch sind, unerschöpflich sind sie nicht; wir können unmöglich zugleich eine Armee, Flotte und Coloniepolitik haben und zugleich das Volk bilden und allen Leidenden zu Hilfe kommen. Wenn Sie Alles auf einmal machen wollen, so gibt es den Volkswirtschaft und das Finanzwesen nicht, die das gefahrten.“ Jaurès verwarf sich sofort gegen den Vorwurf, als wäre er auf die Unerschöpflichkeit weniger bedacht, als irgend Jemand. Fernin Jaurès: „Sie gehen nach Constat.“ Jaurès: „Nein, ich bleibe, wo ich bin, im Frankreich der Freiheit und Revolution.“ Fontain (zu Jaurès): „Wohin Sie nach Algerien!“ Jaurès: „Und Sie, gehen Sie nach Berlin!“ Jaurès: „Am in der Welt groß zu bleiben, muß Frankreich der Bahnbrecher des Fortschritts, der Freiheit und des Fortschritts sein. Unser Bestreben rührt hauptsächlich von den vermehrten Oereerausgaben her, die schließlich demüthigt werden wären, wenn man nicht die ausserordentlichen Anstrengungen einsetzte.“ Sie, Herr Rouvier, dürfen die Schwierigkeiten der Finanzreformen betonen, aber Sie müssen gleichzeitig ihre Notwendigkeit verteidigen. Keine Regierungskombination wird uns das vergessen machen. Denn die Demokratie mag vertrauensvoll sein, aber sie wird sich nicht betrogen lassen.“ Die deutigen Wähler suchen Rouvier in einem Gegenstand zur radicalen Kammermehrheit und zu den radicalen Ministern zu bringen und stellen jubelnd fest, daß er schon jetzt das ganze Cabinet in der Tasche habe. „Petite République“ und „Antenne“

drohen ihm mit Kündigung der Gefolgschaft, wenn er bloß ins Ministerium eintritt, um alle Reformen zu verhindern.

Die Stellung des italienischen Cabinetts Zanardelli dürfte durch den Verlauf der Kammertagung eine beträchtliche Verstärkung erfahren haben. In welchem Maße das Ministerium an Boden gewonnen, zeigt sich insbesondere an der Thatfache, daß auch die früher viel angefeindete Politik des Ministers des Inneren, Giolitti, fast gar keinem Widerstande mehr begegnet. Das Ansehen dieses Staatsmannes ist, so schreibt die „Münchener Allg. Ztg.“, durch die Kundgebungen, mit denen er in die Verhandlungen über das Budget des Ministeriums des Inneren eingriff, erhöht worden, so daß man in Rom allgemein der Ueberzeugung Ausdruck giebt, es stehe ihm noch eine große staatsmännische Zukunft bevor. Von nicht minder glücklichem Erfolge ist die äußere Politik Primitivi begleitet. Es ist anzuerkennen, daß es ihm gelungen ist, den Dreisund zu erneuern, ohne dadurch die geringsten Empfindlichkeiten in Frankreich zu erwecken, daß er es verstanden hat, bei Herstellung eines Einvernehmens mit Frankreich in Bezug auf das Mitteländische Meer auch die innigen Beziehungen zu England wieder anzuknüpfen. Ferner dürfte darauf hinzuweisen sein, daß er die Zustimmung aller Mächte zu den italienischen Gesichtspunkten bezüglich Tripolis erlangt hat. Hinsichtlich der Stellung Italiens in Afrika ist zu betonen, daß England, wie in der tripolitischen Frage, auch bezüglich der Grenzbestimmungen zwischen der Lybica und dem Sudan und des Gebrauchs der italienischen Sprache in Malta seine Bereitwilligkeit kundgegeben hat, den italienischen Interessen Rechnung zu tragen und die traditionelle Freundschaft mit Italien aufrecht zu erhalten. Man räumt nunmehr auch im Senale ein — wo die Opposition gegen das Ministerium Zanardelli-Giolitti noch im vorigen Jahre so stark war, daß das Budget des Ministeriums des Inneren nur mit einer Stimme Mehrheit zur Annahme zu gelangen vermochte —, daß die liberale Politik des gegenwärtigen Ministeriums, weit entfernt, die Liga der extremen Parteien zu schlingen, deren künstlichen Zusammenhang gelodert und voll zur Reorganisation und Kräftigung der conservativen und constitutionellen Parteien beigetragen hat, wie denn auch die administrativen Wahlen durch ihr für die Socialisten wenig günstiges Ergebnis den Beweis erbracht hätten, daß diese Politik dem Radicalismus den Boden nicht bloß nicht ebnen, wie in Senatskreisen anfangs befürchtet worden war, sondern im Gegentheil seinen Abhang im Lande verringere.

Deutsches Reich.

○ Berlin, 27. Juni. (Colonialrat.) In der Nachmittagsitzung des Colonialrathes kam zunächst der Etat von Togo zur Discussion. In der Specialdiscussion wurde die Frage der Anstellung von Kerzen erörtert, insbesondere der fälligen Stationierung eines Arztes in Wajahöhe, ferner die Frage der Anlegung von Schulgebäuden. Auch wurde die Ansicht ausgesprochen, daß es richtig sein werde, von der Umwandlung der Polizeitruppe in eine Schutztruppe, wie sie aufsernordwestlich sei, noch abzusehen. In der Discussion über den Etat von Kamerun kamen die den Gesellschaften von Nordkamerun und Südamerun verlichen Concessionen zur Sprache. Eine Resolution des Senats Hofen, in der die Rechte der Eingeborenen in den Concessionsgebieten näher bestimmt werden, fand auf Seiten der Vertreter der Gesellschaften Widerspruch und wurde zu weiteren Ermittlungen einer Commission von 7 Mitgliedern überwiesen. Neben dem Rechten der Eingeborenen auf die Producte des Landes soll sich die Commission auch mit der Frage der Eingeborenenreserve beschäftigen. Die Frage, ob der Zeitpunkt gekommen sei, eine Eingeborenensteuer in Kamerun einzuführen, wurde vom Gouverneur v. Puttkamer in bejahendem Sinne beantwortet. Die Einrichtung eines oder mehrerer Schulgebäuden, insbesondere im Süden des Schutzgebietes, bedarf Hebung der Eingeborenenkulturen wurde regierungsfreig in Aussicht gestellt. Die Kolonisation seltener Stationen sei nur in Kongo und Gambia beabsichtigt, die mit Garnisonen besetzt werden würden. Von hier aus werde man im Lande Ruhe und Ordnung aufrechterhalten können. Eine Abrechnung der Verwaltung sei nicht beabsichtigt. Es folgten Erörterungen über die Einrichtung von Handwerkerlehren in Kamerun und die Arbeiten der Grenzregulierung an der französischen Grenze. In der Generaldiscussion über Deutsch-Süd-Westafrika sprach der Herrg Johann Albrecht von Westenburg dem vormaligen Leiter der Colonialabtheilung, dem jetzigen Staatssekretär Freiherrn v. Richthofen, für sein damaliges thätiges Eintreten für den jetzt vollendeten Eisenbahnbau Swakopmund-Windhoek seinen Dank aus. Zur Discussion gelangte hierauf die Frage der Einrichtung von Staananlagen in Südwestafrika und die Frage der finanziellen Unterstützung von deutschen Kaufleuten im Schutzgebiete. In der Special-Discussion gelangte ein Antrag auf Einstellung des Gehaltes für einen Oberichter in den Etat für 1903 zur Annahme. Auch wurde der Wunsch nach einer weiteren Unterstützung deutscher Schulen in Südwestafrika ausgesprochen. Mit der